

Pro Kraftwerk 1.000 Windräder mehr

Kernenergie. Angesichts der dramatischen Ereignisse in Japan steht die Atomkraft vor dem Aus. Allerdings lässt sie sich nicht von heute auf morgen ersetzen.

Die 17 Meiler in Deutschland haben 2008 rechnerisch die Hälfte des Stromverbrauchs in der Industrie gedeckt (Grafik). Allein die sieben nun stillgelegten Atomkraftwerke haben so viel produziert, wie zwei Drittel aller Stromkunden aus Handel und Gewerbe verbrauchen. Die Stromproduktion der zehn restlichen Meiler reichte aus, um fast drei Viertel der Haushalte zu versorgen.

Sollten die im Rahmen des Moratoriums abgeschalteten Kraftwerke stillgelegt bleiben, müssen kurzfristig rund 5 Prozent des gesamten benötigten Stroms anders erzeugt oder eingespart werden.

Weitere 17 Prozent wären auszugleichen, sollte auch für die anderen Kraftwerke die Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht werden.

Will man langfristig nicht auf Stromimporte setzen, können Kohle, Gas und erneuerbare Energien an die Stelle der Atomkraft treten. Der Preis dafür dürften allerdings höhere Stromkosten sein. Hinzu kommen noch zwei weitere Probleme: Deutschland muss den Großteil seines benötigten Erdgases importieren, ist also abhängig von anderen Ländern. Und: Ein Braunkohlekraftwerk kann die Leistung eines Kernkraftwerks nahezu ersetzen,

jedoch mit weitaus schlechterer Klimabilanz.

Somit ruht die Hoffnung vor allem auf der erneuerbaren Energie. Doch um etwa die jährliche Strommenge eines Kernkraftwerks durch Wind zu ersetzen, müssten sich zusätzlich über 1.000 der modernsten Windräder an Land drehen; auf dem Meer würden knapp 500 Stück reichen. Momentan stehen ungefähr 21.600 Windräder in der Republik.

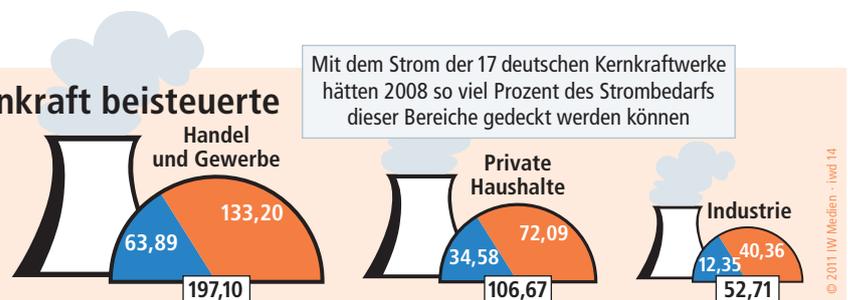
Doch betroffene Anwohner könnten sich gegen neue Windräder sträuben, weil sie sich um das Landschaftsbild oder den Lärm sorgen. Eine weitere Schwierigkeit: Um den Strom aus Wind von der Küste zu den Verbrauchern zu transportieren, fehlen derzeit rund 3.600 Kilometer an Transportnetzen.

Energieversorgung: Was die Kernkraft beisteuerte

- Die sieben ältesten Kernkraftwerke (Inbetriebnahme vor 1980)
- Die zehn neueren Kernkraftwerke (Inbetriebnahme nach 1980)

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln



In dieser Woche

Japan: Um den Wiederaufbau zu finanzieren, könnte Japan in großem Stil sein Auslandsvermögen auflösen.
Seite 2

Beamtenpensionen: Immer mehr Staatsdiener gehen in Pension, was die öffentlichen Haushalte stark belastet.
Seite 3

USA: Die größte Volkswirtschaft der Welt weist ein massives Handelsbilanzdefizit aus.
Seite 4-5

Hidden Champions: Viele Familienunternehmen sind in Marktnischen zu Hause, dort jedoch sehr erfolgreich.
Seite 6

Ingenieure: Drei von vier Ingenieuren in Deutschland kommen aus nichtakademischen Elternhäusern.
Seite 7

Arbeitsmarktpolitik: Wiedereingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose kosten viel, erzielen aber oft nur kleine Erfolge.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Die Schuldner bangen

Japan. Die Schäden durch die Naturkatastrophen auf der japanischen Hauptinsel Honshu sprengen alle Rekorde und drohen das Land zu überfordern. Japan könnte deshalb versuchen, in großem Stil sein hohes Auslandsvermögen aufzulösen – das wiederum würde so manchen Schuldner in die Bredouille bringen.

Die Schäden durch das Erdbeben und den Tsunami belaufen sich aktuellen Schätzungen zufolge auf weit mehr als 200 Milliarden Euro – hinzu kommen die Schäden durch den Reaktorunfall in Fukushima. Angesichts dieser Dimensionen stellt sich die ernste Frage, wie Japan das finanzieren will. Auf der Suche nach einer Antwort stehen zwei japanische Besonderheiten ins Auge:

1. Hohe Staatsschulden. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt steckt seit Anfang der 1990er Jahre in einer tiefen Strukturkrise. Der

Staat hat zwar immer wieder versucht, die Wirtschaft mit Konjunkturprogrammen anzukurbeln. Weil das jedoch allenfalls vorübergehend klappte, rutschte der Staatshaushalt immer tiefer in die roten Zahlen:

Japans Schuldenlast kletterte im Jahr 2010 auf 218 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts.

Damit hat sich die Quote seit Mitte der 1980er Jahre mehr als verdreifacht – und jetzt kommen noch die Wiederaufbaulasten hinzu.

Japan dürfte jedoch kaum eine Schuldenkrise wie Europa drohen. Denn anders als etwa die griechische Regierung hat Tokio das Geld vor allem von seinen eigenen Bürgern geborgt – und sich nur wenig im Ausland verschuldet.

Nur 6 Prozent der japanischen Staatsanleihen werden von ausländischen Investoren gehalten.

2. Hohes Auslandsvermögen. Als exportorientierte Volkswirtschaft, die



Leistungsbilanzüberschuss

Ein Leistungsbilanzüberschuss heißt in der Regel, dass ein Land mehr exportiert als importiert. Weil damit die Produktion im Inland nicht voll konsumiert oder investiert wird, kommt es zu einem Kapitalexport – im Ausland werden Vermögenswerte aufgebaut.

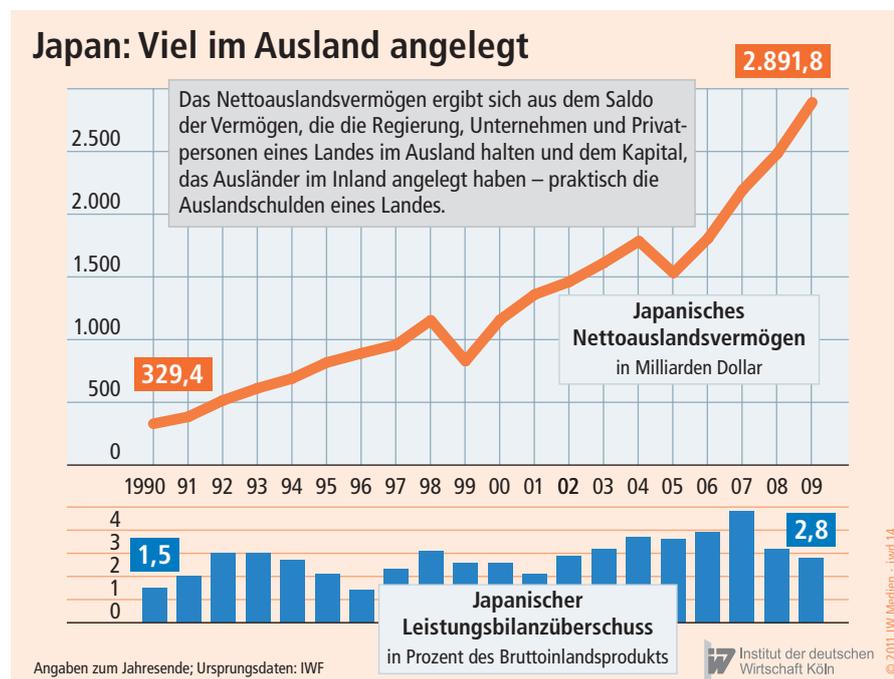
beständig Leistungsbilanzüberschüsse erzielte, hat Japan sein Auslandsvermögen in den vergangenen Jahren drastisch erhöht (Grafik):

Allein von 2000 bis 2009 ist das japanische Nettoauslandsvermögen um 150 Prozent auf rund 2.900 Milliarden Dollar gestiegen.

Die größten Posten sind Schuldtitel und schnell einlösbare Devisenreserven wie Guthaben bei ausländischen Zentralbanken in Dollar oder Euro. Gerade in den USA macht man sich Sorgen, dass Japan nun einen Teil seiner Gelder abziehen könnte.

Ende Juni 2010 hatte Japan in den USA fast 1.400 Milliarden Dollar angelegt – und hält damit 13 Prozent aller ausländischen Anlagen in den USA.

Bei den US-Staatsanleihen beträgt der Anteil Japans sogar 20 Prozent. Fraglich ist allerdings, ob es sich die Exportnation Nippon überhaupt leisten kann, einem Großkunden wie den USA den Geldhahn abzdrehen. Nach dem schweren Erdbeben 1995 in Kobe jedenfalls haben die Japaner ihr Auslandsvermögen nicht angetastet.



Reformbedarf für Ruhestand

Beamtenpensionen. Die öffentlichen Haushalte sind klamm – auch, weil das Heer der Pensionäre immer stärker wächst. Ohne Reformen wird die künftige Last der Ruhegelder nicht zu tragen sein.

Anfang 2010 bezogen rund 1,5 Millionen ehemalige Staatsdiener öffentliche Versorgungsleistungen, meist in Form von Pensionen. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Pensionäre um knapp 14 Prozent gestiegen – die Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst kletterten von 31,6 auf zuletzt rund 40 Milliarden Euro. Dies geht auch darauf zurück, dass die Pensionäre zuletzt mehr in der Tasche hatten (Grafik):

Während die Durchschnittsbezüge der pensionierten Beamten von 2000 bis 2010 um fast 11 Prozent auf 2.770 Euro stiegen, erhöhte sich das durchschnittliche Altersgeld eines Standardrentners um knapp 10 Prozent auf 1.224 Euro.

Auf die Staatskassen rollt nun eine weitere Pensionärswelle zu, denn die derzeit aktiven Beamten sind in die Jahre gekommen. Damit werden die Ausgaben in Zukunft noch schneller steigen als bisher – auch weil die in den Ruhestand wechselnden Beamten durch neue Kollegen ersetzt werden müssen.

Beamte: Im Alter üppig versorgt

Monatliche Bruttopensionen in Euro	2000	2010	Veränderung in Prozent
Gebietskörperschaften insgesamt	2.500	2.770	+10,8
Bundesbeamte	2.350	2.630	+11,9
Berufssoldaten	2.310	2.600	+12,6
Beamte der Bundesländer	2.560	2.800	+9,4
Vollzugsbeamte	2.030	2.270	+11,8
Beamte im Schuldienst	2.680	2.850	+6,3
Kommunale Beamte	2.420	2.720	+12,4
Standardrentner	1.118	1.224	+9,5

Ab 2004: In einigen Bundesländern wird die Jahressonderzahlung monatlich ausgezahlt
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 14

Am stärksten werden die Bundesländer die zunehmende finanzielle Belastung durch das Beamtenwesen zu spüren bekommen – rund 60 Prozent aller Landesbeschäftigten sind Beamte; die Länder sind für die öffentliche Sicherheit und den Schuldienst zuständig und stellen ihre Polizisten und Lehrer bevorzugt auf Lebenszeit ein. Die rund 1,1 Millionen Landesbeamten und 690.000 Pensionäre machen deshalb mit 46 Prozent den größten Anteil aller Beschäftigten aus, die bei den Ländern auf den Gehalts- und Besoldungslisten stehen (Bund: 12 Prozent). Für ihr Personal gaben die Länder im Jahr 2010 rund 102,5 Milliarden Euro aus – das war mehr als ein Drittel aller Ausgaben. Zum Vergleich: Beim Bund beträgt diese

Quote 8,8 Prozent, bei den Gemeinden knapp 25 Prozent.

Bis 2050 wird die Zahl der Pensionäre in den Bundesländern bis auf 1,2 Millionen ansteigen. Folge:

Die Versorgungsausgaben klettern von 20,7 Milliarden Euro im Jahr 2009 voraussichtlich auf 58,4 Milliarden Euro im Jahr 2050.

Darin sind nur künftige Gehaltssteigerungen von mageren 1,5 Prozent pro Jahr enthalten. Wie dramatisch die Entwicklung wird, zeigt eine aktuelle Studie des Statistischen Bundesamtes: Kamen im öffentlichen Schulwesen im Jahr 2000 auf 100 aktive Lehrer noch 28,5 pensionierte Pädagogen, waren es im Jahr 2010 schon 50. Die Relation wird sich wegen des hohen Durchschnittalters der im Beruf stehenden Lehrer von über 48 Jahren weiter verschlechtern – an Reformen geht kein Weg vorbei:

- **Einsparungen bei den Pensionen** sind erforderlich, um die aktiven Beamten zu finanzieren.
- Ein **leistungsorientiertes Besoldungssystem** muss an die Stelle des starren, am Senioritätsprinzip ausgerichteten Systems treten.

Renten und Pensionen

Arbeiter und Angestellte bekommen mit 65 Jahren eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung. Die sogenannte Regelaltersrente berechnet sich im Wesentlichen nach den Beiträgen, die während des gesamten Arbeitslebens gezahlt wurden. Daraus werden Eckpunkte ermittelt, die die Rentenhöhe bestimmen. Pensionäre erhalten nach Erreichen der Altersgrenze und nach 40 Dienstjahren bis zu 71,75 Prozent der zuletzt erreichten Brutto-bezüge als Ruhegehalt.

Chronisch in den Miesen

Vereinigte Staaten. Jahr für Jahr führen die USA mehr Waren ein als aus. Dies beschert der größten Volkswirtschaft der Welt ein massives Handelsbilanzdefizit. Die meisten Importe der USA stammen aus China, das deshalb zum wichtigsten Handelspartner Washingtons aufgestiegen ist. *)

-268,04

Das amerikanische Leistungsbilanzdefizit vergrößert sich seit fast 20 Jahren – 2008 betrug es mit rund 700 Milliarden Dollar fast 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ursache für das Defizit ist hauptsächlich die enorm negative Bilanz im Warenhandel: So betrug der Importüberschuss der USA im Jahr 2008 rund 840 Milliarden Dollar. Insgesamt exportierten 91 Staaten mehr Waren in die USA, als sie von dort importierten. Das größte bilaterale Ungleichgewicht herrscht dabei zwischen den USA und China (Grafik), das vor allem Computer, Elektronikprodukte, Gebrauchsgüter und Kleidung in die Vereinigten Staaten verkauft:

Das Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten mit China summierte sich 2008 auf rund 268 Milliarden Dollar.

Damit war die Lücke im Warenverkehr mit dem Reich der Mitte größer als mit den vier nachfolgenden Staaten Kanada, Japan, Mexiko und Deutschland zusammen, die alle ebenfalls deutlich mehr Güter an die USA verkauften, als sie von dort bezogen.

Chinas Vorreiterrolle im Außenhandel kommt nicht überraschend: Seit Mitte der 1990er Jahre etabliert sich die Volksrepublik als ein Land, das Exportüberschüsse erzielt. Der Leistungsbilanzüberschuss im Jahr

2008 betrug 426 Milliarden Dollar, das entsprach knapp 10 Prozent des chinesischen BIP.

Doch China ist nicht nur stark im Export. Das Land hat in Asien auch eine wichtige Brückenfunktion inne – es importiert ebenfalls erhebliche Mengen, allen voran Vorleistungsgüter: Viele chinesische Unternehmen beziehen Vorprodukte aus Vietnam, Bangladesch und anderen ostasiatischen Staaten, um sie im Inland zu höherwertigen Produkten weiter zu verarbeiten und anschließend zu exportieren.

Der Exportboom hat China – vor allem seitens der USA – immer wieder den Vorwurf eingebracht, seine Währung dauerhaft künstlich niedrig zu halten. Ganz von der Hand zu weisen ist diese Feststellung sicher nicht (Kasten Seite 5). Doch Peking ist längst dabei, den Währungsstreit zu schlichten. Im Sommer 2010 ordnete der chinesische Notenbankchef eine maßvolle Aufwertung der Landeswährung an (Grafik Seite 5). Die Preise für chinesische Exportprodukte hat dies allerdings kaum beeinflusst – nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Fertigungstiefe der Güter, die oft unter Einsatz von importierten Vorleistungen hergestellt werden.

Doch selbst ohne die chinesischen Billigimporte ist das Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten immens: Alle weiteren 90 Länder, die

USA: Massenhaft Waren aus dem Ausland

Die 30 größten bilateralen Handelsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten im Jahr 2008 in Milliarden Dollar



Quelle: U.S. Census Bureau

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

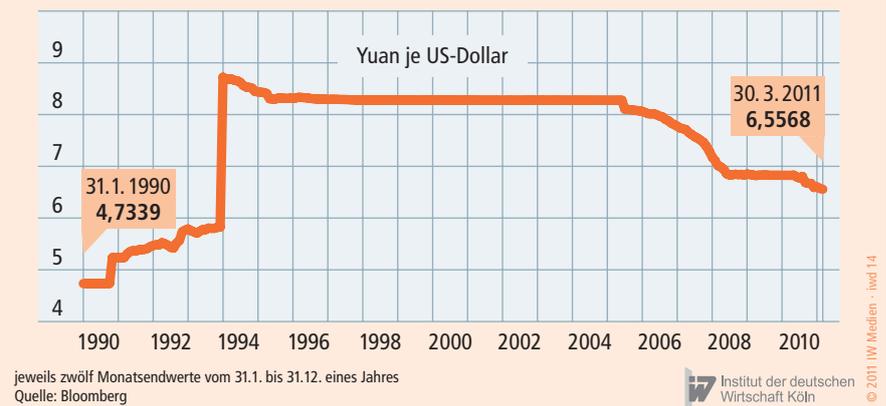
2008 mehr Waren in die USA ex- als importierten, erwirtschafteten so einen Überschuss von insgesamt 695 Milliarden Dollar. Die exportstarken Länder lassen sich dabei in drei Kategorien aufteilen:

1. Asiatische Schwellenländer wie Malaysia, Thailand, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Vietnam und Indien exportieren – ähnlich wie China – vor allem preisgünstig produzierte Gebrauchsgüter. Im Jahr 2008 erzielten diese Länder im Handel mit den USA einen Überschuss von knapp 85 Milliarden Dollar.

2. Rohstoffexportierende Staaten wie Kanada, Mexiko, Saudi-Arabien, Venezuela, Nigeria, Irak, Algerien, Russland, Angola, Kongo und Kuwait liefern vorrangig Erdöl und andere Rohstoffe an die USA. Von den insgesamt 900 Millionen Tonnen Erdöl, die die USA 2008 verbraucht haben, produzierten sie nur ein Drittel selbst. Die Rohstofflieferanten konnten so einen Handelsbilanzüberschuss von insgesamt 340 Milliarden Dollar verbuchen.

3. Industriestaaten verfügen weder über nennenswerte Rohstoffvorkommen noch über erhebliche Lohnkostenvorteile. Anders als China und einige andere Schwellenländer be-

China: Feste Wechselkurse an der Tagesordnung



treiben sie auch keine exportstimulierende Währungspolitik. Trotzdem ist der intraindustrielle Handel – etwa zwischen Deutschland und den USA – von einem erheblichen Ungleichgewicht geprägt:

Durch den Warenaustausch mit Japan, Deutschland, Irland, Italien, Frankreich, Israel, Schweden, Österreich und dem Vereinigten Königreich entstand den Amerikanern 2008 ein Handelsbilanzdefizit von rund 203 Milliarden Dollar.

Die Industriestaaten verkaufen hauptsächlich moderne Industriegüter an die USA. Der deutsch-amerikanische Warenfluss konzentriert sich beispielsweise auf Transportmaschinen, Chemikalien und Elektronikprodukte. Dabei erzielt Deutsch-

land in allen zehn wichtigsten Güterklassen Exportüberschüsse.

Das amerikanische Leistungsbilanzdefizit kann man jedoch nicht allein den Ländern anlasten, die Handel mit den USA treiben. Ein wesentlicher Grund für das große Minus in der Bilanz und die entsprechenden Kapitalflüsse ist die seit Jahren praktizierte expansive Geld- und Fiskalpolitik der Vereinigten Staaten. Die niedrigen Leitzinsen führten dazu, dass vor allem der Wohnungsbau und der private Konsum erheblich stiegen – und zwar in solchem Ausmaß, dass ausländische Finanziere dafür benötigt wurden.

*) Vgl. Klaus Hafemann, Michael Hüther: Entwicklung und Determinanten des US-Leistungsbilanzdefizits, in: IW-Trends 1/2011

Der Dollar und der Yuan

Die Währung der Volksrepublik China heißt seit 1949 Renminbi, deren Einheit aber wird Yuan genannt. Die chinesische Währung ist nicht frei konvertibel, ihr Außenwert wird also nicht im freien Handel ermittelt. Zwischen 1994 und 2005 war der Yuan mit einem festen Wechselkurs an den Dollar gebunden (1 Dollar = 8,28 Yuan). Zwischen 2005 und 2008, als die Dollarbindung aufgegeben wurde, wertete der Yuan um 21 Prozent gegenüber dem Dollar auf. Nach Ausbruch der Wirtschaftskrise setzte die chinesische Zentralbank allerdings wieder einen festen Kurs fest: Bis Juni 2010 entsprachen 6,83 Yuan einem Dollar.

Seit Jahren beklagt sich die Regierung in Washington darüber, China halte seine Währung dauerhaft künstlich niedrig, um sich so

Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Und in der Tat gelingt es der chinesischen Zentralbank mithilfe von Zwangsmaßnahmen gegenüber den heimischen Geschäftsbanken, sowohl den Wechselkurs als auch die Inflationsrate zu senken.

Wegen solcher Währungsmanipulationen haben die USA bereits mehrmals Klagen bei der Welthandelsorganisation WTO vorgebracht und Strafzölle für Waren aus dem Reich der Mitte in Betracht gezogen. Im Sommer 2010 sprach sich der chinesische Notenbankchef dann schließlich für eine maßvolle Aufwertung der Landeswährung aus. Tatsächlich wertete der Yuan daraufhin leicht auf – im Dezember kostete 1 Dollar 6,64 Yuan, momentan ist er 6,55 Yuan wert.

Mit Spezialitäten zum Erfolg

Hidden Champions. Viele Familienunternehmen sind in vermeintlich kleinen Marktnischen zu Hause, verzeichnen dort aber große Erfolge und sind zum Teil sogar globale Marktführer. Ein hohes Forschungsengagement dieser „verborgenen Sieger“ sorgt zudem für beste Zukunftsperspektiven.

Im Zuge der Debatte um die Energiewende in Deutschland steht die Firma Enercon immer öfter in den Schlagzeilen – Enercon ist der hierzulande führende Hersteller von Windkraftwerken und hat auf dem Weltmarkt die Spitzenposition bei getriebelosen Anlagen. Doch vor gar nicht langer Zeit dürften nur Insider das Unternehmen gekannt haben, welches noch immer vom Firmengründer geführt wird.

Damit ging es Enercon ähnlich wie ungefähr 1.200 anderen Unternehmen in Deutschland, die zwar in ihrer Branche zu den drei stärksten der Welt zählen, aber trotzdem der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind – und daher als Hidden Champions bezeichnet werden.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass diese Betriebe oft abseits der Wirtschaftszentren angesiedelt sind. Zudem fertigen sie selten gängige Konsumwaren, sondern stellen meist spezialisierte Investitionsgüter her. Dabei reicht die Palette der Produkte, mit denen die Hidden Champions erfolgreich sind, von Hochhausfassaden über Straßenfräsen und Tunnelbohrmaschinen bis hin zu Vorhängen und anderen Ausstattungen für Theaterbühnen oder auch aufrollbaren Hundeleinen.

Familienfirmen: Mehr Umsatz, mehr Jobs

Familienunternehmen ab 50 Millionen Euro Umsatz, Veränderung 2008 gegenüber Vorjahr in Prozent

	Umsatz	Beschäftigung
Finanzdienste	13,5	2,9
Sonstige Wirtschaftsbereiche	6,4	4,4
Industrie	5,6	5,8
Unternehmensdienste	4,6	4,6
Handel	3,3	6,1
Insgesamt	6,6	4,8
Zum Vergleich: Alle Unternehmen	5,1	2,2

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Institut für Mittelstandsforschung Bonn

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Große Forschungsstärke

So viel Prozent der Industrieunternehmen waren kontinuierlich oder zeitweise in der Forschung und Entwicklung tätig

■ Familienunternehmen
■ Nichtfamilienunternehmen

Umsatz in Millionen Euro



Stand: 2007
Sonderauswertung des IW-Zukunftspanel
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 14

Neben Industriegütern bieten die unbekannt Marktführer auch komplexe Dienstleistungen an – beispielsweise die Planung und den Bau von Achterbahnen für große Vergnügungsparks oder die Sanierung von Industrieanlagen nach Brand-, Wasser- und Sturmschäden.

Die Hidden Champions stehen aber nicht nur selten im Rampenlicht, sie tauchen auch in keiner amtlichen Statistik gesondert auf. Einen Versuch, diese Firmen besser zu erfassen, hat das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn unternommen. In einer Studie ermittelte es 2.688 Familienunternehmen mit einem Jahresumsatz von jeweils mindestens 50 Millionen Euro – von ihnen dürften viele zu den unbekannt Marktführern zählen. Die analysierten Unternehmen zeichnet vor allem ein dynamisches Wachstum aus (Grafik):

Im Jahr 2008 verzeichneten die großen Familienunternehmen im Schnitt ein Umsatzplus von 6,6 Pro-

zent und eine Zunahme der Mitarbeiterzahl von 4,8 Prozent – quer durch alle Unternehmen in Deutschland betrachtet war der Anstieg mit 5,1 bzw. 2,2 Prozent deutlich geringer.

Unterm Strich stellen die untersuchten Familienbetriebe zwar nur 0,1 Prozent aller Unternehmen in Deutschland, erzielen aber mit 14 Prozent der Beschäftigten 18 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes.

Sofern die Rahmenbedingungen stimmen, dürften die Familienunternehmen auch künftig die Wirtschaft vorantreiben – zumindest sind sie besonders innovationsstark. So waren laut einer Sonderauswertung des vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellten Zukunftspanel zuletzt 80 Prozent der familiengeführten Firmen mit einem Umsatz zwischen 10 und 50 Millionen Euro in der Forschung und Entwicklung aktiv – von den Nichtfamilienbetrieben gleicher Größe dagegen lediglich 66 Prozent.

Ein Job für Aufsteiger

Ingenieure. Den Ingenieurwissenschaften eilt seit jeher der Ruf voraus, ein klassisches Aufstiegsstudium speziell für Männer aus nichtakademischen Elternhaushalten zu sein. Zu Recht, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt: Drei von vier Ingenieuren in Deutschland haben Eltern, die nicht studiert haben. *)

Sie lehren sogar an Elite-Unis wie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen: Ingenieure, die aus Familien ohne akademischen Hintergrund kommen. In der Kaiserstadt haben zwei von drei Professoren der Ingenieurwissenschaften eine solche Biografie. Damit passen sie gut ins Bild: Bei Ingenieuren ist die sogenannte Aufstiegsmobilität deutlich ausgeprägter als in anderen Berufen – die Karriere ist kaum vom elterlichen Bildungshintergrund abhängig (Grafik).

Wichtige Gründe für die Beliebtheit des Ingenieurstudiums bei potenziellen Bildungsaufsteigern sind die sichere Arbeitsmarktlage sowie überdurchschnittlich gute Gehaltsperspektiven. Dass viele Ingenieure sehr praxisorientiert denken, wird auch daran deutlich, dass 60 Prozent

von ihnen ihr Studium an einer Fachhochschule absolviert haben.

Relativ gute Chancen auf einen Aufstieg durch Bildung haben auch Naturwissenschaftler wie Chemiker sowie Informatiker. Juristen und Mediziner dagegen stammen vergleichsweise oft aus Familien, in denen Vater oder Mutter auch schon eine Richterrobe oder einen Arztkitel getragen haben.

Für Kinder nichtakademischer Eltern ist es in den vergangenen Jahren generell leichter geworden, eine Hochschulkarriere einzuschlagen: Erreichten zwischen 1993 und 1997 nur durchschnittlich 15 Prozent von ihnen einen Studienabschluss, waren es 2009 bereits 20 Prozent.

Gemessen an allen Hochschulabsolventen ist der Anteil akademischer Bildungsaufsteiger allerdings seit Mitte der 1990er-Jahre meist rückläufig. Der Grund dafür ist jedoch rein statistischer Natur: Zum einen ist der Anteil klassischer Arbeiterhaushalte seit langem stark rückläufig, zum anderen gibt es immer mehr Akademiker in Deutschland. So ist ihr Anteil an der Bevölkerung in Deutschland zwischen 1983 und 2009 von 5,7 auf 13,6 Prozent gestie-

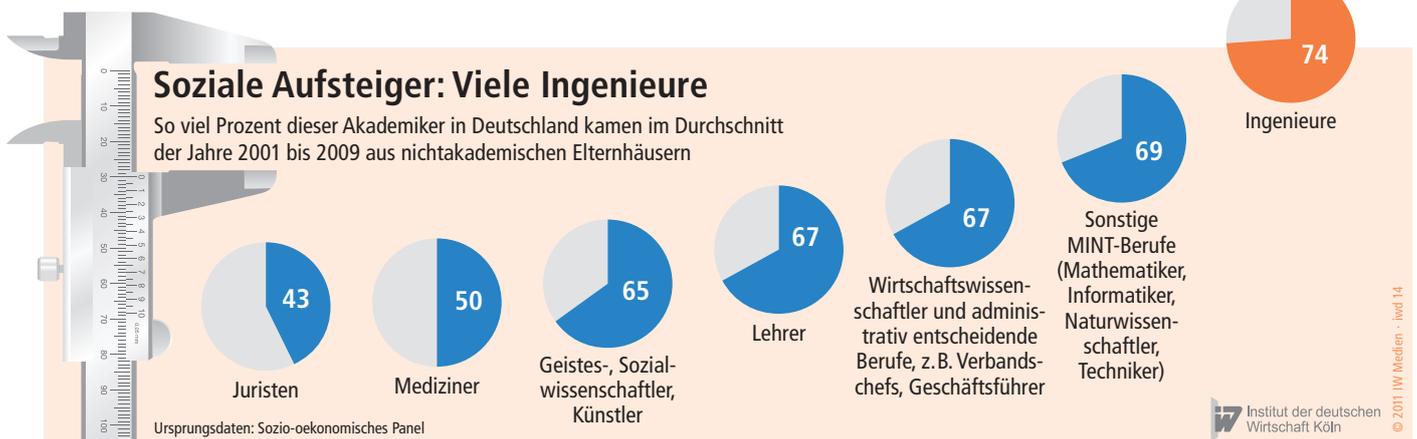
gen. Folglich ist für einen Studenten die Wahrscheinlichkeit, aus einem nichtakademischen Elternhaus zu kommen, in den vergangenen 30 Jahren deutlich gesunken – und sie wird angesichts der anhaltenden Akademisierung der Gesellschaft künftig noch niedriger sein.

Nichtsdestotrotz gibt es nach wie vor zu wenige Fachkräfte, hauptsächlich Ingenieure. Die Lücke zwischen freien Jobs und möglichen Arbeitskräften wird immer größer und lag im Jahresmittel 2010 bei 35.900 unbesetzten Stellen, aktuell sind es bereits wieder rund 60.000.

Die Arbeitslosenquote der Ingenieure betrug 2010 im Jahresdurchschnitt 2,4 Prozent – es herrschte also praktisch Vollbeschäftigung.

Die verwaisten Ingenieurstellen haben der deutschen Volkswirtschaft im Jahr 2010 einen Wertschöpfungsverlust von mindestens 3,3 Milliarden Euro beschert. Und auch für dieses Jahr sieht es trübe aus: 2011 dürfte die Ingenieurücke so groß werden wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

*) Vgl. Oliver Koppel: Ingenieurarbeitsmarkt 2010/11 – Fachkräfteengpässe trotz Bildungsaufstieg, Studie in Kooperation mit dem Verein Deutscher Ingenieure, Download unter: www.iwkoeln.de



Magere Ergebnisse teuer erkauft

Arbeitsmarktpolitik. Rund 5 Milliarden Euro gibt der Bund jährlich dafür aus, Empfänger von Arbeitslosengeld II wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Erfolge sind allerdings bescheiden.

Der Aufschwung hat die Zahl der Arbeitslosen im März dieses Jahres auf 3,2 Millionen sinken lassen. Sieht man von den Auswirkungen der Krise 2009 ab, geht es am Arbeitsmarkt sogar schon seit mehreren Jahren bergauf. Auch die Zahl der ALG-II-Empfänger hat sich seit der Hartz-IV-Reform im Jahr 2005 um rund 600.000 bzw. mehr als ein Fünftel verringert.

Die Steuerzahler werden dadurch allerdings nicht so stark entlastet, wie es prinzipiell möglich wäre. Der Grund ist die Arbeitsmarktpolitik:

Der Bund hat die aus Steuermitteln finanzierten Ausgaben für Maßnahmen, die die Empfänger von ALG II wieder in den Arbeitsmarkt einglie-

Arbeitsmarktpolitik: Viel Geld für 1-Euro-Jobs

Ausgaben des Bundes für ausgewählte Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern in Millionen Euro

	2008	2009
Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs)	1.406	1.678
Berufliche Weiterbildung	671	803
Beschäftigungszuschuss	136	460
Eingliederungszuschüsse	454	441
Außerbetriebliche Ausbildung	339	369
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	444	163
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung	119	137
Teilhabe Behinderter	77	82
Einstiegs geld	64	50
Vermittlungsgutscheine	50	38
Sonstige Maßnahmen	1.040	871
Insgesamt	4.800	5.092

Ohne Optionskommunen; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - Iwd 14

dern sollen, stetig erhöht – von 3,1 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 5,1 Milliarden Euro 2009.

Allein rund ein Drittel des Budgets verschlungen dabei die 1-Euro-Jobs. Auch für die berufliche Weiterbildung sowie verschiedene Formen von Lohnkostenzuschüssen flossen Milliardenbeträge (Grafik).

Die damit erzielten Resultate sind allerdings ausgesprochen mager:

Weniger als 9 Prozent der 1-Euro-Jobber haben sechs Monate nach Ende der Maßnahme eine ungeforderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Von den Teilnehmern an einer beruflichen Weiterbildung sind es mit 20 Prozent auch nicht viele.

Mehr Erfolg haben die Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber, die schwer zu vermittelnde Arbeitslose einstellen. Von diesen haben nach einem halben Jahr immerhin 64 Prozent einen regulären Job.

Die 1-Euro-Jobs zielen nicht nur ins Blaue – sie können sogar schaden, zum Beispiel wenn die Teilnehmer ihre Suche nach einem „richtigen“ Arbeitsplatz einschränken. Daher sollten die 1-Euro-Jobs nur für eng begrenzte Zwecke eingesetzt werden. Sie können etwa dazu dienen, die Arbeitsbereitschaft wenig engagierter Jobsucher zu testen, oder Arbeitslosen helfen, verloren gegangene Kompetenzen wieder aufzubauen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.